

„Durlach für Demo nicht geeignet“

CDU und Freie Wähler üben Kritik am OB: Stadtteil würde komplett lahmgelegt

BNN – Nach der CDU-Fraktion im Gemeinderat zeigen sich nun auch die Durlacher Christdemokraten besorgt wegen der für den 3. Juni angekündigten Neonazidemo in ihrem Stadtteil. Der Vorsitzende Dirk Müller zeigt sich besorgt und verständnislos, dass Oberbürgermeister Frank Mentrup Durlach als Standort für die Großdemonstration prinzipiell für geeignet hält. Er nehme billigend in Kauf, dass damit das Durlacher Innenstadtleben an diesem Tag vollkommen zum Erliegen komme und die Altstadt einer großräumig abgesperrten Festung gleiche.

Die CDU Durlach verkenne keinesfalls die juristischen Hürden für ein Verbot einer solchen Veranstaltung. „Mit seiner öffentlichen Aussage zu Durlach hat sich der Oberbürgermeister selbst der Argumente beraubt, mit den Veranstaltern über einen anderen Demonstrationort zu verhandeln“, so die CDU. Dennoch fordere man den OB auf, bei dem Ende März anstehenden Kooperationsgespräch zwischen der Stadt und den Demonstrationsanmeldern dringend darauf hinzuwirken, den Veranstaltungsort noch aufzugeben. „Es muss alles dafür getan werden, Durlach als

Veranstaltungsort zu verhindern“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Roswitha Henkel.

Heftige Kritik äußern auch die Freien Wähler Durlach an der Aussage des OB, Durlach sei „prinzipiell geeignet“ für die geplante Großdemo. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie man zu einer solchen Einschätzung kommen kann“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Petra Stutz. Bis zu 1 000 Demonstranten, eine entsprechende Anzahl von Gegendemonstranten und dann noch die erforderlichen Sicherheitskräfte würden die Innenstadt von Durlach über Stunden

vollständig lahmlegen. Es könne doch nicht Absicht der Verwaltung sein, dass an einem der umsatzstärksten Tage – noch dazu vor einem Feiertag und während des Kruschtmarkts – mehrere Tausend Menschen Durlach komplett blockieren.

In einer Anfrage wollen die Freien Wähler deshalb zunächst informiert werden über Wegstrecke, Zeitpunkt und Sicherheitskonzept, fordern aber gleichzeitig den OB auf, seine Aussage zu überprüfen, zurückzunehmen und entsprechende Maßnahmen gegen die Demonstration zu ergreifen.